

Rangliste der Pressefreiheit 2014 Nahaufnahme: Osteuropa und Zentralasien

Autokratie als regionales Modell

Hinter dem Schaufenster der Winterolympiade von Sotschi führt der Kreml Krieg gegen die Zivilgesellschaft

Mehr als zwei Jahrzehnte nach der Implosion der Sowjetunion blickt die gesamte Region noch immer nach Moskau, an das sie durch starke kulturelle, wirtschaftliche und politische Beziehungen gebunden ist. Der Pomp bei der Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Sotschi im Februar 2014 darf nicht von der Realität in **Russland** ablenken: der Kraftprobe zwischen einer immer selbstbewussteren Zivilgesellschaft und einem zunehmend repressiven Staat.

Kritik am Regime ist seit den Großdemonstrationen von 2011 und 2013 üblich, aber die Medien werden nach wie vor zensiert. Die landesweiten TV-Sender unterliegen weiter einer strengen Kontrolle. In Reaktion auf die Parole von der "Rückkehr der Politik in Russland" haben sich die Behörden für Repression entschieden. Seit dem Wiedereinzug Wladimir Putins in den Kreml im Mai 2012 sind immer drakonischere Gesetze verabschiedet worden. Aktivisten, Medien und Blogger wurden verfolgt. Beleidigung wurde wieder kriminalisiert, Webseiten wurden und werden auf die schwarze Liste gesetzt, und das Spektrum der Aktivitäten, die als "Hochverrat" ausgelegt werden können, ist nun viel breiter. Man beruft sich auf "traditionelle Werte", um neue Einschränkungen der Informationsfreiheit zu rechtfertigen. So ist etwa von "homosexueller Propaganda" und "Beleidigung der Gefühle von Gläubigen" die Rede, die zu bestrafen seien.

Journalisten werden bei ihrer Arbeit behindert und festgehalten. In Sotschi verbrachte der freie Reporter Nikolai Jarst 6 Monate im Hausarrest. Er ist noch immer einer erfundenen Anschuldigung wegen Drogenbesitzes ausgesetzt. In Rostow am Don werden der Blogger Sergej Reznik und der Journalist Alexander Tolmatschew auf der Grundlage einer fragwürdigen Anklage festgehalten. Der russische Fotograf Denis Sinjakow und der britische Kameramann Kieron Bryan verbrachten zwei Monate in Untersuchungshaft, weil ihnen vorgeworfen wurde, "Piraterie und Hooliganismus" protestierender Greenpeace-Aktivisten in der Arktis gedeckt zu haben. Dass solch rigoroses Vorgehen straflos bleibt, erzeugt ein Klima der Gewalt, insbesondere im Kaukasus. Seit dem Jahr 2000 sind in Russland mindestens 33 Journalisten bei der Ausübung ihrer Arbeit ermordet worden.

Türkei am Scheideweg

Dank ihres diplomatischen und wirtschaftlichen Einflusses etabliert sich die **Türkei** als regionales Demokratie-Modell, vor allem für Regierungen, die aus dem Arabischen Frühling hervorgegangen sind. Nach zehnjähriger Herrschaft der moderat-islamistischen AKP ist die Macht der Armee

über Politik und Medien beendet, etliche Tabus aus dem Erbe des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk bröckeln. Gleichwohl tauchen neue rote Linien auf, um sie zu ersetzen.

Trotz einiger begrenzter Reformen sind die Praktiken der Justiz weiter repressiv, und die Zahl der inhaftierten Journalisten ist immer noch auf einem Niveau, das beispiellos ist seit dem Ende des Militärregimes. Ende 2013 waren etwa 60 Journalisten in Haft – die Türkei ist somit zu einem der weltweit größten Gefängnisse für Medienmitarbeiter geworden. Trotz Vorschriften zur Begrenzung der Untersuchungshaft verbringen Journalisten oft Monate, wenn nicht Jahre im Gefängnis, bevor ihr Prozess beginnt.

Nach einem Jahrzehnt heftiger Kämpfe knüpften sich starke Hoffnungen an die Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan und den kurdischen Rebellen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Die Behörden haben demokratische Reformen versprochen, und diese sind auch dringend nötig. Die meisten Journalisten, die im Gefängnis sitzen oder strafrechtlich verfolgt werden, sind Opfer der Anti-Terror-Gesetze jener finsternen Jahre. Eine Reihe von Artikeln im Strafgesetzbuch ergänzt dieses Arsenal repressiver Regelungen. Neben einer Justizreform würde eine friedliche Lösung der kurdischen Frage eine positive Veränderung einer Rechtskultur erlauben, die durch paranoide und repressive Reflexe gekennzeichnet ist.

Die beispiellosen Proteste im Sommer 2013 werfen ein Schlaglicht auf den Freiheitsdurst der türkischen Gesellschaft. Sie haben zudem die Aufmerksamkeit auf den Mangel an demokratischer Kultur in der Polizei und auf die Gefahren für den Pluralismus gerichtet, die von der wachsenden Medienkonzentration in den Händen regierungsfreundlicher Unternehmer ausgehen.

2

Der Gezi-Park - Minenfeld für Journalisten

153 verletzte und 39 festgenommene Journalisten - die Medien hatten 2013 einen hohen Preis zu zahlen für ihre Berichterstattung über die Welle von Demonstrationen. Die Polizei ging wiederholt gewaltsam gegen Polizisten vor. Reporter wurden aber auch von Demonstranten gezielt angegangen. Die Gewalt war getragen von Hysterie, die wiederum durch Reden von Regierungsvertretern und Berichten regierungsfreundlicher Medien angeheizt wurde. Sie brandmarkten Kolumnisten, Nutzer sozialer Netzwerke und ausländische Journalisten als Agenten einer internationalen Verschwörung zum Sturz der Regierung oder sogar als Terroristen.

Die Selbstzensur war so rigoros, dass sogar TV-Nachrichtensender mit ganztäglichem Programm die gewalttätigen Auseinandersetzungen, die Istanbul erschütterten, ignorierten. Widerspenstige Journalisten wurden ins Abseits gedrängt. Nicht weniger als 14 wurden entlassen, 22 kündigten. Astronomische Geldbußen wurden Fernsehkanälen auferlegt, die aus der Nähe über die Proteste berichtet hatten.

Straflosigkeit für Öl- und Gas-Despoten

Die ehemaligen Sowjetrepubliken, die am stärksten gegen das Recht auf Informationsfreiheit verstoßen - Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan und Aserbaidshjan - sind nur geringem Druck seitens der internationalen Gemeinschaft ausgesetzt, und dies aus dem einfachen Grund: sie verfügen über große Öl- und Gasvorkommen und über die nötigen Rohrleitungen. Sie sind reich genug, um sich unantastbar zu fühlen. Zudem werden sie wegen ihrer strategischen Bedeutung umworben. Zurzeit halten sie ihre Nachrichtenmedien unter strenger Kontrolle und sperren widerspenstige Journalisten völlig ungestraft weg.

Despotische Winter und Razzien

Nach 20 Jahren eines absoluten Despotismus hat **Turkmenistan** im Januar 2013 ein Mediengesetz verabschiedet, das Pluralismus verkündet und Zensur verbietet. Die Realität zeigt, dass es sich dabei um komplette Fiktion handelt. Das totalitäre Regime von Präsident Gurbangul Gurbanguli Berdimuchamedow kontrolliert immer noch alle heimischen Medien. Für Medien außerhalb des Landes können unabhängige Journalisten nur heimlich berichten. Dies überhaupt zu tun birgt offenbar erhebliche Risiken. Annakurban Amanklitschew und Sapardurdi Chadjijew haben gerade unter entsetzlichen Bedingungen siebenjährige Gefängnisstrafen verbüßt. Willkürliche Festnahmen geschehen häufig. In der Rangliste der Pressefreiheit rangiert Turkmenistan zusammen mit Nordkorea und Eritrea noch immer am unteren Ende.

3

Strenge Zensur herrscht auch in **Usbekistan**, wo sich derzeit nicht weniger als zehn Journalisten und Internetnutzer in Haft befinden. Einer wurde 2013 von Reporter ohne Grenzen mit dem Preis für Pressefreiheit ausgezeichnet. Der Preisträger ist Muhammad Bekschanow, ein ehemaliger Redakteur der Zeitung "Erk". Er wird seit 15 Jahren festgehalten. Wegen Folter und verweigerter medizinischer Hilfe droht ihm der Tod im Gefängnis. Ein weiteres Opfer der Willkür ist die freie Journalistin Solidschon Abdurachmanow, die seit 2008 wegen ihrer Berichterstattung über Folgen der ökologischen Katastrophe am Aralsee festgehalten wird. Weil sie noch immer nicht zufrieden sind mit der absoluten Kontrolle über die traditionellen Medien, haben die Behörden in den vergangenen Jahren ihre Bemühungen verstärkt, die Methoden der Internet-Zensur zu verfeinern.

Die Nachfolge-Regelung ist ein heikles Thema für Diktatoren, die seit mehr als 20 Jahren an der Macht sind. Wie sein usbekischer Kollege Islam Karimow muss auch der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew noch für einen Nachfolger sorgen. Zwar ist **Kasachstan** seit seiner Unabhängigkeit stabil, aber weil der Machtappetit geweckt ist und sich Gefahren für die Stabilität zeigen, sind die Paranoia des Regimes und der Wunsch nach Kontrolle gewachsen. Deshalb befindet sich die Informationsfreiheit im freien Fall. Alle wichtigen oppositionellen Nachrichtenagenturen des Landes wurden Ende 2012 und Anfang 2013 geschlossen. Die schärfsten Kritiker werden verfolgt oder administrativen Schikanen ausgesetzt.

Mehr Repression ist auch die Strategie in **Aserbaidshjan**, wo das Überleben des Medienpluralismus ebenfalls in Gefahr ist, da immer mehr Journalisten und Blogger festgenommen werden. Die repressiven Methoden, die in der Autonomen Republik

Nachitschewan - "Aserbaidschans Nordkorea" - getestet werden, sind auch im Rest des Landes in einer immer systematischeren Weise im Gebrauch.

Diktatoren ohne Öl und Gas

Einige post-sowjetische Staaten benötigen weder Öl noch Gas, um hart gegen Medien vorzugehen. In **Weißrussland** setzen unabhängige Journalisten ihren ungleichen Kampf gegen "die letzte Diktatur Europas" und ihre Propaganda fort. Wer über Proteste auf den Straßen berichtet, wird routinemäßig festgenommen. Der KGB und die Justizbehörden gebrauchen oft "Bekämpfung von Extremismus" als Vorwand, um diejenigen zum Schweigen zu bringen, die sich der offiziellen Linie nicht anpassen wollen. Ein Buch mit den Siegerfotos des weißrussischen Pressefoto-Wettbewerbs von 2011 wurde 2013 verboten, einem der führenden unabhängigen Verlage wurde die Zulassung entzogen. Die Zeitschrift "Arche" und im Ausland ansässige unabhängige Medien wie "Belsat TV" sind jeder Art von administrativer Schikane ausgesetzt.

Gefahr für die Informationsfreiheit durch Polarisierung

4

Das führende Quartett

Die vier bestplatzierten Länder der Region - **Moldawien, Georgien, Armenien, und Kirgisien** - sind dieselben wie in der Liste davor. Obwohl ihre Positionen recht unterschiedlich sind, weisen alle diese Länder ein hohes Maß an Pluralismus und relativ wenig staatliche Zensur auf. Die erhebliche soziale Polarisierung spiegelt sich aber auch in den Medien wider und die Medien werden oft von unterschiedlichen Interessengruppen bedrängt. Da die politische Orientierung der einzelnen Medien in der Regel mit dem ihrer Eigentümer übereinstimmt, scheint es, dass die Achtung der redaktionellen Unabhängigkeit von Medienmitarbeitern noch begrenzt ist.

Die Wahlen von 2013 in Georgien und Armenien waren ruhiger als die vorherigen. Gewalt gegen Journalisten war selten. Armeniens Staatssender hat zwar in puncto Unparteilichkeit Fortschritte gemacht, doch hat das Wahlumfeld den laufenden Informationskrieg zwischen den privatrechtlichen Medien verschärft - einen Krieg, in dem die Behörden einen klaren Vorteil haben.

Der Regierungswechsel als Folge der Wahlen in Georgien spiegelte sich im Umgang mit den Medien des Landes wider. "Imedi", ein TV-Sender, den Verbündete des ehemaligen Präsidenten Michail Saakaschwili im Jahr 2007 erworben hatten, wurde der Familie des ursprünglichen Hauptaktionärs kurz nach den Wahlen im Oktober 2012 zurückgegeben. Die Justiz begann damit, angeblich betrügerische Aktientransfers und Geldwäsche zu untersuchen, in die der Bürgermeister von Tiflis verwickelt sein soll. Nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten gab Bidzina Iwanischwili die Schließung von "TV9" bekannt. Den privaten Fernsehsender hatte seine Frau im Jahr 2012 ins Leben gerufen, er hatte wesentlich dazu beigetragen, ihn überhaupt an

die Macht zu bringen. Ein neues Rundfunkgesetz soll den internen politischen Machtkampf beim georgischen Staatssender zügeln, der 2013 zu einer Entlassungswelle führte.

Ukraine und Tadschikistan in der Schwebe

Die Achtung der redaktionellen Unabhängigkeit von Medienmitarbeitern scheint auch in der **Ukraine** eingeschränkt zu werden. Dort haben neue Besitzverhältnisse bei den Medien zu plötzlichen Veränderungen der Redaktionspolitik, zur Einführung neuer Verbote und zu zahlreichen Entlassungen geführt. Ein als Entwurf vorliegendes Gesetz würde Medienbesitz transparenter machen, allerdings wurde die zweite Lesung der Vorlage im Parlament verschoben.

Die politische Krise, die im Dezember 2013 begann, könnte der Übernahme führender privater Medien durch regierungsnahen Oligarchen einen Riegel vorschieben. Einige der Wirtschaftsführer distanzieren sich bereits von Präsident Viktor Janukowitsch. Zu ihnen gehört auch Sergej Liovochnik, der ehemalige Leiter der Präsidentschaftsadministration. Er ist Hauptanteilseigner bei "Inter TV", dem größten privaten Fernsehsender des Landes.

Das Ausmaß der Polizeigewalt gegen Journalisten während der Demonstrationen der Opposition wirft ein Schlaglicht auf die physischen Gefahren, denen Mitarbeiter der Medien ausgesetzt sind, und auf die Straffreiheit, die diejenigen genießen, die Journalisten angreifen. Verschlimmert wird die Lage noch durch immer häufigere Verleumdungskampagnen und Cyber-Angriffe gegen unabhängige Journalisten.

5

In **Tadschikistan** wurde die Berichterstattung über die Präsidentenwahl 2013 offen zugunsten des Amtsinhabers Emomali Rachmonow manipuliert, der seit mehr als 20 Jahren regiert. Die willkürliche Sperrung von unabhängigen Nachrichten-Webseiten ist üblich geworden. Dass solche Aktionen in der Regel nur ein paar Tage dauern, ist nur ein schwacher Trost. Ein neues Mediengesetz, das im März 2013 in Kraft trat, enthält zwar zufriedenstellende Bestimmungen, scheint aber bisher in der Praxis noch keine Verbesserungen bewirkt zu haben.

Pressekontakt:

Silke Ballweg / Christoph Dreyer
Tel.: 030 60 98 95 33 55
E-Mail: presse@reporter-ohne-grenzen.de